



Diese Woche:

Seite 2 :
Bundshaft 2018 ist
beschlossen

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche wurde die vorläufige Haushaltsführung der Bundesregierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause beendet.

So steigen die Gesamtausgaben des Bundes auf 343,6 Milliarden Euro. Dabei wurden die Kernanliegen der CSU in den parlamentarischen Beratungen umgesetzt.

Besonders die Sicherheitsbehörden wurden deutlich gestärkt. Sehr freue ich mich auch, dass wir die familienpolitischen Leistungen mit zusätzlich etwa 600 Millionen Euro noch einmal ordentlich steigern konnten.

Gleichzeitig haben wir zur Eigenheimförderung das Baukindergeld ohne Wohnflächenbegrenzung auf den Weg bringen können,

Und am heutigen Freitag stellte der Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Haushaltsausschuss bereits den

Entwurf für den Bundeshaushalt 2019 vor.

Damit geht es mit der Verabschiedung des Bundshaushalts 2018 nach der parlamentarischen Sommerpause direkt in die Haushaltsberatungen für 2019.

Ich wünsche Allen eine erholsame Urlaubszeit

Herzliche Grüße

Ihr



Seite 3:
Einigung im Asylstreit



Seite 4:
Netzinfrastrukturwechsel eingeleitet

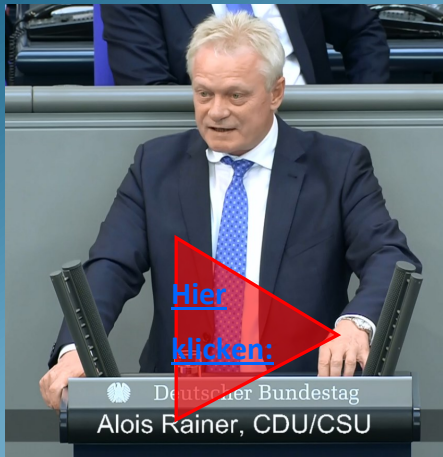




Bundshaushalt ist beschlossen

In dieser Sitzungswoche erfolgte die 2./3. Lesung des Bundeshaushaltsgesetzes für das Jahr 2018. Als haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag und Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen hielt ich drei Reden zum Bundeshaushaltsgesetz, die Sie im Folgenden anschauen können:

1. Rede vom 03. Juli 2018 zur allgemeinen Haushaltsdebatte



Mit dem nun vorliegenden Haushalt zeigen wir einmal mehr, dass die Union für die Menschen und insbesondere für die Familien in unserem Land Verantwortung übernimmt. Nicht nur, dass wir einen nachhaltigen und generationengerechten Haushalt präsentieren, sondern auch, dass es gelungen ist, in den parlamentarischen Beratungen den Haushalt noch einmal mit etwa 21 Mio. Euro zu verbessern. So steigt der Familienetat in 2018 erstmals über 10 Mrd. Euro. Insgesamt erhöhen sich die familienpolitischen Leistungen um rund 600 Mio. Euro. Davon entfallen allein auf das Elterngeld 270 Mio. Euro.

2. Rede vom 03. Juli 2018 zum Einzelplan 17: Familienetat



3. Rede vom 05. Juli 2018 Schlussrunde Bundeshaushalt 2018



Bis zum Ende des Finanzplanzeitraums sind 1,4 Mrd. Euro veranschlagt, die zur Bekämpfung von Kinderarmut bereitgestellt werden. Die steuerliche Entlastung von Familien und die Bekämpfung der kalten Progression ist eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre.



Zurückweisungen durchgesetzt

Nach langen Verhandlungen haben sich CDU und CSU im Asylstreit geeinigt. In der Vereinbarung hat die CSU Zurückweisungen durchgesetzt. Dafür werden Transitzentren eingerichtet.

CSU sieht das Ergebnis sehr positiv

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben ihre Differenzen im Asylstreit Montagabend beigelegt. In Horst Seehofers Masterplan Migration ist vorgesehen, dass Asylsuchende, die bereits in einem anderen Land der EU registriert sind, an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden. Bundeskanzlerin Merkel hatte diese Maßnahme abgelehnt und eine europäische Regelung gefordert.

Die Spitzen von CDU und CSU haben sich jetzt auf eine gemeinsame Linie im Umgang mit Asylbewerbern geeinigt. Die CSU hat sich mit ihrer Forderung nach Zurückweisungen durchgesetzt. Nach Abschluss der Verhandlungen zeigte sich Innen-

minister Seehofer sehr zufrieden und sagte: „Wir haben eine klare Vereinbarung, wie wir die illegale Migration in der Zukunft an den Grenzen zwischen Deutschland und Österreich verhindern.“ CDU und CSU wollen künftig Transitzentren einrichten. Aus diesen Zentren sollen Asylbewerber direkt in die zuständigen EU-Länder zurückgeführt werden, heißt es in der Vereinbarung von CDU und CSU. Gibt es zwischen Deutschland und dem betreffenden EU-Land keine entsprechende Vereinbarung für eine beschleunigte Rückführung, ist vorgesehen, die Asylsuchenden nach Österreich zurückzuweisen. Auch Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich mit den Ergebnissen zufrieden. CDU und CSU hätten hier „einen wirklich guten Kompromiss gefunden“.



Foto: Achmin Melde



Foto: Achmin Melde



Foto: Achmin Melde

Asylsuchende haben kein Recht sich ein Land auszusuchen

Im Koalitionsausschuss am 05. Juli wurden festgelegt, die nationalen Zuständigkeiten im Dublin-Verfahren deutlich zu beschleunigen. Hierbei soll die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihren Beitrag leisten. Ziel ist es ebenso, das laufende Verfahren zur Dublin IV. Reform in wenigen Tagen abzuschließen. Einigungen erfolgten bereits mit Spanien und Griechenland mit dem Ergebnis, die Fälle der Familienzusammenführung schrittweise abzuarbeiten und abzuschließen. Um die Rückführungen zu beschleunigen, geht die Verantwortung hierfür vom BAMF auf die Ausländerbehörde über.

Ein Blick hinter die Kulissen im Parlament

Diese Woche hatte ich Besuch aus meinem Wahlkreis. Lena Völk aus Straubing absolvierte ein Orientierungspraktikum in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin.

Neben der alltäglichen Arbeit und Unterstützung in meinem Büro konnte Frau Völk auch an Sitzungen des Plenums

und des Haushaltsausschusses teilnehmen. So bekam sie einen Einblick in Arbeitsweise des Deutschen Bundestages.



Ich bin mir sicher, dass sie die gewonnenen Eindrücke in ihrem zukünftigen Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften anwenden kann und wünsche ihr für ihren persönlichen und beruflichen Werdegang alles Gute.



Erhalt des Wohnraums ist eine soziale Frage



Anlässlich der Diskussion zur Mietpreisbremse erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Volker Ullrich, MdB:

„Der Erhalt des Wohnraums ist die soziale Frage unserer Zeit. Die CSU fordert eine ausgewogene Politik, die Mieter wirksam vor der missbräuchlichen Herausmodernisierung schützt und andererseits redlichen Vermietern Rechtssicherheit gewährleistet. Neben dem Mieterschutz in Ballungsräumen ist der Wohnungsbau der Schlüssel für die Entlastung des Wohnungsmarktes, der den Wohnraum für die Menschen erhält.“

Netzinfrastukturwechsel zur Glasfaser eingeleitet

Am Dienstag wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Novelle der Breitbandförderrichtlinie veröffentlicht. Dazu äußerte sich die Sprecherin für digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Daniela Ludwig, wie folgt :

„Mit der Novelle der Breitbandförderrichtlinie leiten wir den im Koalitionsvertrag vereinbarten Netzinfrastukturwechsel zur Glasfaser ein. Dies ist ein bedeutender Schritt für den Standort Deutschland! Zudem erhöhen wir die Mittel für die Gigabitprojekte und verschlan-

ken das Antragsverfahren. Kommunen, die bislang auf eine Kupfertechnologie gesetzt haben, gehen dabei



nicht leer aus: Sie erhalten die Mög-

lichkeit eines Glasfaser-Upgrades für ihre Projekte. So sorgen wir für eine weitere Beschleunigung des Glasfaserausbaus in Deutschland.

Dies alles ist aber nur ein erster Schritt. Als nächstes brauchen wir ein komplett neues Breitbandförderprogramm. Damit können wir dann auch die „grauen Flecken“ erschließen – also jene Regionen, die bereits über schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügen, aber noch nicht gigabitfähig ausgebaut sind.“



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de